

# Wissenswert

Werte ■ Wissenschaft ■ Medien

**WISSENSWERT** IST EIN ELEKTRONISCHES JOURNAL, DAS VON EHEMALIGEN MITARBEITERN DES ARBEITSBEREICHES SOZIALPSYCHOLOGIE DER UNIVERSITÄT HAMBURG HERAUSGEGEBEN WIRD. ES BERICHTET ÜBER NEUERE ENTWICKLUNGEN DER WERTEFORSCHUNG SOWIE ÜBER AKTUELLE TRENDS IN DEN MEDIEN. [www.wissenswert-journal.de](http://www.wissenswert-journal.de)

# Wissenswert

Werte ■ Wissenschaft ■ Medien

|    |   |    |    |
|----|---|----|----|
|    | <b>EDITORIAL</b>                                  |    |    |
| 03 | WAS IST NUR MIT DEN WERTEN?                       | 18 |    |
|    | <b>WERTE IN DER GESELLSCHAFT</b>                  |    |    |
| 05 | DER ISLAM IN EUROPA – EINE WERTEDISKUSSION        | 20 |    |
| 13 | BLICKPUNKT FORSCHUNG: GESELLSCHAFT                | 24 |    |
|    | <b>WERTE INTERKULTURELL</b>                       |    |    |
| 15 | BLICKPUNKT FORSCHUNG: INTERKULTURELLE PERSPEKTIVE | 26 |    |
|    | <b>WERTE IN DER WIRTSCHAFT</b>                    |    |    |
|    | BLICKPUNKT FORSCHUNG: WIRTSCHAFT                  |    | 18 |
|    | <b>WERTE IN DER POLITIK</b>                       |    |    |
|    | DER WERT DER STATISTIK FÜR DIE KLIMAFORSCHUNG     |    | 20 |
|    | BLICKPUNKT FORSCHUNG: POLITIK                     |    | 24 |
|    | <b>WERTE IN ERZIEHUNG UND FAMILIE</b>             |    |    |
|    | BLICKPUNKT FORSCHUNG: ERZIEHUNG UND FAMILIE       |    | 26 |
|    | <b>IMPRESSUM</b>                                  |    | 27 |



## WAS IST NUR MIT DEN WERTEN?

Ein **VORWORT.** Von Prof. Dr. Erich H. Witte.

Wenn wir auf unsere Innenpolitik schauen, dann haben wir zum ersten Mal eine längere Periode einer nur geschäftsführenden Regierung, weil Koalitionsverhandlungen so lange dauern, und wir haben zum ersten Mal die AfD im Bundestag. Damit werden neben den Volksparteien die Werte der Wähler differenzierter in eine Parteienlandschaft abgebildet. Insgesamt vertreten die beiden Volksparteien knapp mehr als 50% der Stimmen. Der „Wählerwille“ sagt also, dass eine Große Koalition im Interesse des Wählers liegt. Aus dem Verlust zur vorangegangenen Wahl die Abwahl der Großen Koalition zu schließen, ist nur mit vielen, fragwürdigen Zusatzannahmen zu rechtfertigen. Das gilt auch, wenn man unsere sehr erfolgreichen Rahmenbedingungen betrachtet mit geringer Arbeitslosigkeit, steigenden Löhnen und einer boomenden Wirtschaft mit immer höheren Steuereinnahmen des Staates. Gemessen an diesen Parametern kann die Große Koalition nicht schlecht regiert haben. In Deutschland werden auch wieder mehr Kinder geboren, was eine gewisse Zuversicht in die Zukunft vermuten lässt. Deutschland als

Insel steht im Vergleich zu anderen Ländern recht gut da.

Nun ist Deutschland keine Insel und die Globalisierung nimmt auf allen Gebieten zu. Das führt zu einem Anpassungsdruck, der eine Gegenreaktion zur Folge hat - die Abschottung. Dieses kann man vielfältig beobachten von „America first“ über den Brexit, die Abspaltung Kataloniens und zu den Schwierigkeiten in der EU. Die Anpassung an neue Bedingungen wird auch immer emotional mit „Zerstörung“ verbunden und entsprechend negativ bewertet. Diese negative Bewertung führt auf politischer Ebene zu dem Anwachsen der Wählerschaft auf dem rechten politischen Spektrum mit Abgrenzung und Bewahrung als wichtige Themen für die Menschen. Dieser Trend ist fast in allen westlichen Demokratien zu beobachten. Oftmals macht man die entsprechenden Parteien dafür verantwortlich, es sind aber die Wähler, die diese Parteien erst stark machen und man erkennt dann bereits an der Oberfläche, welche politischen Werte vertreten werden. Das scheint mir für die politische Auseinandersetzung fruchtbarer zu

sein als eine untergründige Entwicklung, die erst spät bemerkt wird. Es wird darum gehen, offen Stellung zu beziehen.

Erstaunlicherweise haben wir in dieser globalen Konstellation einen Präsidenten in Frankreich, der seine Wahl mit einer Strategie der Veränderung gewonnen hat, sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch, insbesondere mit Blick auf die EU. Die Gegenkandidatin Le Pen hat aber ca. 33% der Wähler hinter sich gebracht, das war eine Verdopplung des Prozentsatzes in der Stichwahl ihres Vaters 2002. Die Globalisierung verbunden mit dem Anpassungsdruck erzeugt diese Reaktion der Bewahrung und Abgrenzung. Das ist ein üblicher Vorgang, der unter makro-sozialem Stress zu beobachten ist. Man muss also politisch auf die Balance zwischen „Akkommodation“ (individuelle Veränderung) und „Assimilation“ (individuelle Bewahrung) achten, um ein politisches System in einem Fließgleichgewicht zu halten. Das ist keine einfache Aufgabe. Sollten sich die ökonomischen Rahmenbedingungen verschlechtern, dann wird diese Aufgabe immer schwieriger. >



Dieser Blick nach innen soll in dieser Ausgabe aber hintangestellt werden, weil er in der letzten Ausgabe im Zentrum stand. In dieser Ausgabe wollen wir uns zwei der globalen Themen widmen, der **Klimaveränderung durch den Menschen** und dem **Islam** und **seine Verbreitung**, insbesondere in Europa.

Da immer wieder die globale Erwärmung und der Einfluss des Menschen auf sie bestritten wird, stellt sich die Frage, ob es nicht seriöse Kriterien aus der Wissenschaft gibt, die dieses belegen können. Ferner soll der Frage nachgegangen werden, warum es dazu scheinbar widersprüchliche Ereignisse gibt, die dann benutzt werden, um diese globale Erwärmung in Frage zu stellen. Hier hilft uns jetzt die Statistik mit der Beschreibung vielfältiger Einflüsse, die nur auf dem Hintergrund der statistischen Beschreibung von langen Zeitreihen erkennbar werden und nicht durch einzelne Ereignisse begründet werden können (Franzke, in dieser Ausgabe).

Das zweite Thema ist die Ausbreitung des Islam in Europa. Hier treffen zwei Wertewelten aufeinander. Die eine Welt – der Islam – erhebt einen fundamentalen Anspruch auf die

Lebensgestaltung in allen Bereichen und vertritt die Positionen einer Lebenswelt vor der Aufklärung. Die europäische Position nach der Aufklärung hat im Zentrum die Menschenrechte und die Teilung von Staat und Religion. Eine nicht-säkulare Position muss an den Übergängen von Religionsfreiheit und staatlicher Ordnung zu Konflikten führen. Diese Probleme zu verdeutlichen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wird in dem zweiten Hauptartikel unternommen (Akgün, in dieser Ausgabe).

Eine aufgeklärte Wertediskussion in unserer Gesellschaft zu führen, ist und bleibt schwierig. Nicht selten führt eine solche Auseinandersetzung zu einer Machtfrage ohne weitere inhaltliche Auseinandersetzung. Wir aber setzen auf die Diskussion – und das möglichst frühzeitig und abgewogen. Vielleicht finden die Leser ja wichtige Diskussionspunkte zum Nachdenken.



## DER ISLAM IN EUROPA – EINE WERTEDISKUSSION

IST DER ISLAM MIT DEMOKRATIE VEREINBAR? ER IST DIES MIT SICHERHEIT, ABER NUR, WENN ER ALS PERSÖNLICHER GLAUBE BETRACHTET WIRD UND NICHT ALS STAATSSYSTEM ODER SYSTEM EINER LEBENSWEISE, DAS ALLES REGELT. DIES IST JEDOCH DER PROBLEMATISCHE ANSPRUCH, DEN DER VERMEINTLICH MODERNE „POLITISCHE ISLAM“ STELLT UND DER DIE INTEGRATION VON MUSLIMEN IN WESTLICHEN GESELLSCHAFTEN ERSCHWERT. DIE LÖSUNG KANN NUR HEISSEN: RELIGIÖSE GESETZE ALLER RELIGIONEN MÜSSEN SICH DEN WELTLICHEN GESETZEN UNTERORDNEN, DIE DANN AUCH FÜR ALLE GELTEN.

Von Dr. Lale Akgün.

### 1. PROBLEMSTELLUNG

#### – WARUM SÄKULARITÄT SO WICHTIG IST

Monotheistische Religionen erheben für sich einen Absolutheitsanspruch. Sie leben davon, dass ihre Anhänger an den EINEN und einzig wahren Gott glauben – und jede Religion hat dafür ihre eigene Interpretation. Deswegen sind multireligiöse Gesellschaften besonders anfällig für Konflikte. Die Globalisierung und die zunehmende Migration seit Mitte des letzten Jahrhunderts haben aus homogenen Gesellschaften multikulturelle und multireligiöse gemacht. Die Begegnung der Religionen und Kulturen hat eben nicht nur zur Bereicherung beider Seiten geführt, sondern auch zu Ablehnung und Hass.

Die einzige Möglichkeit, diese Konflikte zu minimieren, liegt in der Säkularität der Gesellschaft. Der Staat hat dabei Äquidistanz zu allen Religionen zu halten und durch ein allge-

meingültiges Rechtssystem alle Bürgerinnen und Bürger gleich zu behandeln. Als weiterer wichtiger Faktor kommt noch die abnehmende Religiosität insgesamt hinzu. Allein in Deutschland bezeichnen sich über 30% der Bevölkerung als religionsfrei, in Großstädten ist diese Zahl noch höher. In Berlin z.B. erreicht sie über 70%. Den Erwartungen und Anforderungen all dieser Gruppen gerecht zu werden und gleichzeitig den sozialen Frieden zu erhalten ist eine der größten Herausforderungen des modernen Rechtsstaats.

### 2. DER ISLAM ALS EINHEIT VON RELIGION UND STAAT

Nach dem Verständnis des orthodoxen Islam gibt es keine Trennung zwischen Staat und Religion<sup>1</sup>. Und es ist dieser orthodoxe Islam, der in allen Ländern mit muslimischer Mehrheit von offizieller Seite vertreten wird. Der >

<sup>1</sup> <link>

#### DR. LALE AKGÜN

wurde 1953 in Istanbul geboren und hat seit 1980 die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie ist Dipl.-Psychologin, promovierte 1987 an der naturwissenschaftlichen Fakultät der Albertus Magnus Universität Köln, Ausbildungen zur Gesprächspsychotherapeutin und systemischen Familientherapeutin, seit 1998 approbierte psychologische Psychotherapeutin, ist ferner tätig als Lehrbeauftragte an der Albertus-Magnus-Universität Köln, seit Ende 2017 als Senior Researcher an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Lale Akgün hat zahlreiche Sachliteratur und Belletristik zu den Themen Migration, Integration und Islam veröffentlicht, u.a. „Tante Semra im Leberkäseland“ (2008), „Der getürkte Reichstag“ (2010), „Aufstand der Kopftuchmädchen“ (2011) und „Kebab Weihnacht“ (2013).



einzig halbwegs laizistische Staat der islamischen Welt, die Türkei, ist gerade dabei, sich in einen Staat mit Staatsislam zu verwandeln. Nach den gängigen islamischen Vorstellungen ist Gott der Souverän, und es gibt unveränderliche göttliche Gesetze, die über staatlichen Gesetzen stehen. Nach diesen Vorstellungen werden der Koran und die Scharia den von Menschen gemachten staatlichen Gesetzen übergeordnet.

Auch die Christen sehen in Gott das höchste Wesen, auch für sie gibt es unveränderliche göttliche Gebote. Diese Gebote stehen aber nach christlicher Vorstellung nicht im Gegensatz zu der menschlichen (staatlichen) Gesetzgebung.



Foto: © Anna S. Sommer - "shahid.com"

Dazu kommt das umfassende und vielfach als zeitlos betrachtete Vorbild des Propheten als religiöser Führer, Gesetzgeber, Richter und Feldherr. Nach diesem orthodoxen Islamverständnis gilt alles, was Mohammed gesagt hat, als nicht zu hinterfragende Offenbarung Gottes (Sunna). Zwar führen Menschen den Staat, aber nach unveränderlichen göttlichen Gesetzen.

Bei den Sunniten ist es der Kalif, der Stellvertreter Mohammeds, der den Staat nach den Richtlinien des Propheten Mohammed und auf der Grundlage des Korans, regiert.

Das Kalifat stellt somit eine Regierungsform dar, in der die weltliche und die geistliche Führerschaft bei der Person des Kalifen liegen. Der Kalif ist dabei sowohl der Führer der religiösen Bewegung, wie auch der Herrscher in dem Machtbereich. Über dem Kalifen steht allein das religiöse Gesetz, die Scharia.

Bei den Schiiten sorgt der Klerus vilayat-e-fatiq (die Statthalterschaft der Rechtsgelehrten) – für die „richtige“ Auslegung der Scharia. Bekanntlich werden im Iran zwar Regierungen gewählt, aber sie bleiben immer unter der Aufsicht der Ajatollahs.

Ab dem 13. Jahrhundert beanspruchten unterschiedliche muslimische Herrscher den Titel des Kalifen, ab dem 16. Jahrhundert jedoch – mit dem Aufstieg des osmanischen Reiches

zur Weltmacht - führten dann die Osmanen das Kalifat, aber erst 1774 tritt der osmanische Sultan Abdulhamid I. als Kalif auf - mit dem Anspruch, als Oberhaupt der gesamten sunnitischen Welt respektiert zu werden. Dabei spielten politische Gründe, u.a. der Versuch, dem fortwährenden Machtverlust des osmanischen Reiches etwas entgegenzusetzen, eine größere Rolle als der religiös-theologische Inhalt.

1876, als der Untergang des osmanischen Reiches nicht mehr aufzuhalten war, wurde der Anspruch auf das allislamische Kalifat in der neu eingeführten Verfassung des Osmanischen Reiches von dem Sultan Abdulhamid II. festgeschrieben. Eine Verzweiflungstat, um vor allem gegenüber der westlichen Welt nicht vorhandene Macht zu demonstrieren.

Das Kalifat mag sich auf den Propheten Mohammed und den Koran berufen, letztendlich ist es nichts anderes, als der Versuch, die weltliche Macht mit der göttlichen zu unterfüttern. Nicht von ungefähr beruft sich der türkische Präsident Erdogan vor allem auf Abdulhamid II., wenn er sich als Beschützer aller Muslime aufspielt. Dazu ein Zitat von Erdogan:

*„Man kann entweder ein Laizist sein oder ein Moslem, beides zusammen geht nicht. Warum nicht? Wenn Du ein Moslem bist, dann weißt Du, dass die Macht dem Schöpfer der Mus- >*



*lime, Allah, gehört. Es heißt ja immer „Die Macht gehört ohne Wenn und Aber dem Volk“ (M. Kemal Atatürk), das ist falsch! Die Macht gehört ohne Wenn und Aber Gott!“<sup>2</sup>*

Diese Worte Erdogans sollte man wohl nicht als Zeichen der Gläubigkeit verstehen, sondern als den Versuch und die Anmaßung, als geistlicher und politischer Führer der islamischen Welt aufzutreten.

Heute spricht man vom „politischen“ Islam, um ihn gegen den persönlichen Glauben des Einzelnen abzusetzen, man verkennt jedoch, dass der so genannte politische Islam – also der ideologisierte Islam – weder mehr noch weniger ist als das aktuelle (moderne) Gesicht des orthodoxen Islam. Deswegen ist es sowohl eine Selbsttäuschung als auch der Versuch, die westliche Welt zu beruhigen, wenn Muslime sich vom „politischen“ Islam distanzieren, vor allem mit dem Ziel, dass die Nicht-Muslime dem orthodoxen Islam den roten Teppich ausbreiten. Wer die Salafisten als undemokratisch anprangert, aber mit der vom türkischen Staat dienstbar gemachten DITIB in Deutschland zusammenarbeitet, lügt sich in die eigene Tasche. Auch wenn es durchaus Unterschiede gibt, werden wir sehen, dass sie alle der gleichen Ideologie entstammen. Die hier relevante Frage ist, ob sich die jeweiligen Gruppen

<sup>2</sup> <link>

als dschihadistisch (gewaltbereit) oder nicht-dschihadistisch verstehen, wobei auch da die Übergänge fließend sind.

Die wichtigsten Vertreter des politischen/ideologischen/orthodoxen Islam von heute sind die Muslimbrüder und die Salafisten. Beide Gruppen haben große inhaltliche Übereinstimmungen. Dabei bildet die Ideologie der Muslimbruderschaft – 1928 von Hasan al-Banna in Ägypten als Verein gegründet, die Grundlage für den politischen Islam. Mit einem Netz von Ablegern in über 70 Ländern sind die Muslimbrüder Teil des politischen Prozesses.

Auch die Salafisten haben sich im 20. Jahrhundert erfunden. Der Islamwissenschaftler Henri Lauzière<sup>3</sup> führt aus, dass das Konzept der „frommen Altvorderen“ Mitte der 1920er Jahre mit dem Aufbau der Salafiyya-Buchhandlung von Muhibb ad-Dīn al-Chatīb in Mekka begonnen habe. Diese Buchhandlung habe als Zentrum der Verbreitung wahhabitischer Ideengedient, die fortan als „salafitisch“ bezeichnet wurden.

Festzuhalten ist: der politische Islam, wie wir ihn heute kennen, der ein theokratisches System befürwortet und sich dabei auf Gott und den Koran beruft, ist vor allem eine Konstruktion des 19. und 20. Jahrhunderts und eine

<sup>3</sup> Henri Lauzière: „The Construction of Salafiyya: Reconsidering Salafism from the perspective of conceptual history“ in *International Journal of Middle East Studies* 42 (2010) 369-389.

Reaktion auf den weltlichen Machtverlust der Herrschenden in der islamischen Welt. Die Religion wird so ausgelegt, dass sich damit ein Machtanspruch für weltliche Herrscher ergibt. Trotz ihres Versagens. Es ist eine Instrumentalisierung des Islam, um den Status Quo zu erhalten und die Massen über die Religion an sich zu binden.<sup>4</sup>

Unterschlagen wird dabei das Verschlafen der Aufklärung und der Moderne seit über 400 Jahren in der islamischen Welt. Dieses Beharren auf dem Status Quo fällt heute den Muslimen sozusagen auf die Füße. Und immer noch werden die Verursacher des Übels woanders gesucht als in den eigenen Reihen: Die USA, der Westen, Israel, die jüdische Lobby sind vielbenutzte Feindbilder, die von den erbärmlichen Zuständen in der islamischen Welt ablenken sollen.

So wundert es nicht, dass auch heute – statt Bildung, gesellschaftliche Öffnung und Menschenrechte umzusetzen – auf Propaganda, Fundamentalismus und Opferrolle gesetzt wird – und auf ein fast trotziges Festhalten an überholten Lebensweisen, mit dem man ganz sicher nicht die Länder und die Bevölkerung für das 21. Jahrhundert fit macht. Die wichtigste Voraussetzung dafür wäre, den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittel- >

<sup>4</sup> <link>



punkt des Denkens zu setzen. Stattdessen bleibt man bei dem Konzept, dass „der Islam“, so wie man ihn versteht, im Mittelpunkt des Denkens stehen müsse.

Beispielhaft für dieses Denken sei hier Said Qutb<sup>5</sup> zitiert, der Vordenker der Muslimbrüder, der „alle Arten von Systemen, die auf dem Konzept der Souveränität des Menschen basieren“ als widerrechtliche Aneignung von göttlichen Eigenschaften ablehnt.

Abgelehnt werden auch die UN-Menschenrechte als „säkulare Interpretation der jüdisch-christlichen Tradition“ (Rajale-Khorassani, 1984 bei der 36. UNO-Generalversammlung).

Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte<sup>6</sup> (KEM), am 4. August 1990 von den 45 Außenministern der OIC, Organisation of Islamic Conference, unterzeichnet, zeigt in aller Deutlichkeit auf, welche Entwicklung der politische Islam in den letzten 100 Jahren genommen hat. Es wird eine konzeptionelle Leitlinie für die Mitgliedsstaaten aufgebaut, von denen die meisten die Scharia als Haupt- oder einzige Quelle für die Gesetzgebung anerkennen.

Schon die Präambel, die die islamische Umma als „die beste Nation, die von Gott geschaffen wurde“ titulierte, verweist auf zwei wichtige Annahmen, die auch uns im Westen etwas an-

<sup>5</sup> Imad Mustafa: Der politische Islam. Zwischen Muslimbrüdern, Hamas und Hizbollah. Promedia. Wien, 2013

<sup>6</sup> <link>

gehen:

1. Die angenommene Gemeinschaft aller Muslime, die muslimische Umma, wird als eine Einheit gesehen und steht im Mittelpunkt des Denkens.

2. Der Islam (in diesem Fall seine politischen Führer) erhebt politischen Anspruch auf die Muslime in allen Ländern der Welt.

Hasan Nasrallah, Generalsekretär der Hizbollah, formuliert es so: „Wir glauben an eine einzige islamische Welt, die durch eine einzige Regierung gesteuert wird, weil wir alle Grenzen in der islamischen Welt als künstlich und kolonialistisch ansehen – die aus diesem Grund zum Scheitern verurteilt sind.“

Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte ist ein wichtiges Dokument. Zeigt sie doch, wie die islamischen Staaten Menschen und ihre Rechte verstehen: nach den Vorstellungen der islamischen Machthaber unterstehen alle Rechte und Freiheiten der Scharia. Sie ist die einzige zuständige Quelle für die Auslegung jedes einzelnen Artikels der Erklärung.

- Es gibt danach zwar das Recht auf Leben „außer, wenn es die Scharia anders verlangt“.
- Das Recht auf Meinungsfreiheit ist gegeben „soweit es die Grundsätze der Scharia nicht verletzt“.
- Das Recht auf Freiheit der Kunst und Wissenschaft, selbstverständlich unter Scharia-

Vorbehalt.

- Die Frau ist dem Mann „an Würde“ gleich, aber nicht gleichberechtigt.
- Die Umsetzung der koranischen Vorgaben (Erbrecht, Heirat und Scheidung, Züchtigung) sind abhängig von der Auslegung der Scharia.
- Das Recht auf Religionsfreiheit wird dadurch eingeschränkt, dass der Islam als „die Religion der reinen Wesensart“ bezeichnet wird, d.h. es gibt keinen Grund, sich vom Islam abzuwenden und schon gar keinen, den Islam zu kritisieren.

### 3. EIN VIELBENUTZTES WORT: SCHARIA<sup>7</sup>

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf den Begriff „Scharia“ eingehen, der in aller Munde ist, aber oft genug verkürzt benutzt wird. Scharia mag im Wortsinn „der Weg zur Quelle“ bedeuten, heute wird sie oft als „das islamische Recht“ verstanden. Scharia ist nach den Vorstellungen des orthodoxen Islam gottgegebenes Recht, offenbart in Koran und Sunna und als Werteordnung gültig für alle Zeiten und Orte. Die Scharia enthält die Gesamtheit der Gesetze (eben der göttlichen Gebote), durch die alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens im Islam geregelt werden. Im Koran kommt der Begriff „Scharia“ nur >

<sup>7</sup> Thomas Schirrmacher(Hrsg.), Christine Schirrmacher: Die Scharia, Recht und Gesetz im Islam, Hänssler. Holzgerlingen. 2007





einmal vor: „Wir gaben den Kindern Israels die Schrift, und Herrschaft und Prophetentum, und wir versorgten sie mit guten Dingen und bevorzugten sie vor den Völkern... Dann brachten wir dich auf einen klaren Pfad in der Sache des Glaubens. So folge ihm und folge nicht den Neigungen derer, die nicht Bescheid wissen.“ (Sure 45, Vers 18).

Nach dem Verständnis des orthodoxen Islam ist die Scharia perfekt, nach dem Verständnis der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) stehen Teile des islamischen Rechtssystems im Widerspruch zu den Menschenrechten<sup>8</sup>. Im Gegensatz zu der Scharia ist das Wort „Fiqh“ im Westen relativ unbekannt. Mit Fiqh bezeichnet man die Rechtswissenschaft zur Auslegung der Scharia. Das Rechtssystem Fiqh wird von muslimischen Rechtsgelehrten unter Verwendung des Analogieschlusses und per Rückgriff auf den historisch begründeten islamischen Konsens aus dem Koran und den Überlieferungen abgeleitet. Fiqh ist kein starres Rechtssystem, sondern wird von den Islamgelehrten immer wieder neu gestaltet. Jedoch ist der Spielraum begrenzt: der Souverän bleibt immer Gott, und die Grundlage ist der Koran als Gottes Wort.

Als Fiqh-Staaten werden die Staaten bezeich-

<sup>8</sup> <link>

net, in denen der Islam Staatsreligion ist, jedoch verkündet jeder dieser Staaten seine eigene Auslegung dieser göttlichen Ordnung. Die Auslegung des Koran, „Idschdihad“ genannt, ändert sich – je nachdem, welche Konfession und welche Kultur vorherrschen, oder auf welcher Fortschrittsstufe sich das Land befindet. Trotzdem: wer in einem Land mit Staatsislam lebt, ist dem Zwang der Gesetze unterworfen, die sich auf eine göttliche Ordnung berufen und damit der Unberechenbarkeit. Nicht nur, dass sich die Auslegung der Scharia jederzeit ändern kann. Diese Länder sind keine Rechtsstaaten, weil sie ihren Bürgern nicht das gleiche Recht zukommen lassen, Muslime sind per Gesetz (=Scharia) bevorzugt.

Die OIC hat heute 57 Mitglieder. Darunter sind:

- Länder, in denen die Scharia keine Rolle im Rechtssystem spielt, z.B. Türkei oder Bosnien;
- Länder mit säkularem Rechtssystem, in denen die Scharia im Privatrecht (z. B. Ehe, Scheidung, Erbrecht, Sorgerecht) Anwendung findet, z.B. Marokko, Indonesien oder Ägypten;
- Länder mit voller Gültigkeit der Scharia, z.B. Iran, Pakistan, Saudi-Arabien;
- Länder mit regional unterschiedlicher Anwendung der Scharia, z.B. Nigeria oder Indonesien.

#### 4. VEREINBARKEIT VON ISLAM UND DEMOKRATIE ODER ISLAMISCHE DEMOKRATIE?

Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie mit der „islamischen Demokratie“ gleichzusetzen.<sup>9</sup>

Ist der Islam mit Demokratie vereinbar oder nicht? Um es vorwegzunehmen: natürlich ist der Islam mit Demokratie vereinbar, wenn der Islam als persönlicher Glaube betrachtet wird und nicht als Staatssystem oder System einer Lebensweise, das alles regelt.

Etwas anderes ist es, wenn von einer „islamischen Demokratie“ gesprochen wird. Die Ziele und die politischen Vorstellungen der einzelnen islamischen Demokratien mögen – wie oben ausgeführt – unterschiedlich sein, über die folgenden Punkte herrscht jedoch bei allen Gruppen Konsens:

- **Der unantastbare Kern der islamischen Identität**, eine von den islamischen Organisationen konstruierte Identität, die global von der Umma, der Gemeinschaft aller Muslime geteilt werden und über allen anderen Identitäten stehen soll.

Damit eng verbunden:

- **Der „islamische“ Staatsbürger** versus „the others“, und folglich die Ungleichbehandlung von Muslimen und Nicht-Muslimen – wobei die Frage, wer Muslim ist und wer >

<sup>9</sup> Petra Ramsauer: Muslimbrüder, Molden. Wien.2014



zu den „anderen“ gehört, von den islamischen Gruppen selbst beantwortet wird.

- **Umsetzung der Scharia**
- **Ein zutiefst konservatives Verständnis der Rolle der Frau und der öffentlichen Moral**
- **Anti-Zionismus, – eine Anti-Israel-Haltung.**

Diese oben genannten Punkte eines islamischen Demokratie- und Gesellschaftsverständnisses gibt es nicht nur in islamischen Ländern. Wenn salafistische Aktivisten wie Sven Lau mit Signalwesten mit der Aufschrift „Shariah Police“ im Eingangsbereich von Spielhallen und Gastwirtschaften gegen Glücksspiel und Alkohol wettern und dabei Muslime drangsalieren – so geschehen im September 2014 in Wuppertal –, werben sie damit demonstrativ für die Scharia und ihre Vorstellungen von einer „islamischen Demokratie“. Dieses Verständnis unter den konservativen Muslimen in Europa führt zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft und zur (Selbst-)Isolation der Muslime. Oft unsichtbar, es muss ja nicht jeder so demonstrativ auftreten wie die Shariah Police. Das gebetsmühlenartige Sprechen von der Umma als wichtigstem Bindeglied soll die Konstruktion des „islamischen Staatsbürgers“ weiter unterstützen und dient letztlich dem Machterhalt der Islamisten – indem Muslime

von den anderen Bürgerinnen und Bürgern getrennt werden. Diese Separierung ist nicht nur rhetorische Apartheidpolitik, sondern auch ein einträgliches Geschäft – gerade in der „Diaspora“ in Europa. Vom Lebensmittelladen des Moscheevereins bis zu islamischen Bestattungsmonopolen; von islamischer Kleidung bis zum islamischen Bankwesen; von „Integrationsprojekten“ der Moscheevereine bis hin zu Fitnessstudios und Badetagen nur für muslimische Frauen – das Geschäft mit dem Islam ist sehr einträglich. Die Segregation der orthodoxen Muslime ist eine religiöse Marktnische für deren Anführer.



Foto: Hamburg, Blick vom Dach der Hamburger Hauptfeuerwache – © Christoph Hübner/Anzeiger auf der Central-Moschee in Hamburg. S. J. Geary/CC BY/NC 2.0. Glinke - Anzeiger

In letzter Zeit ist viel die Rede von der Reform des Islam. Kritische Muslime haben sich zusammengenagt, um dem Islam neue Impulse zu geben und den Islam so zu gestalten, dass er Antworten auf die aktuellen Fragen der Gesellschaft geben kann.

Ziel der reformfreudigen Muslime ist es: in erster Linie:

- Die Trennung von Staat und Religion als Grundüberzeugung durchzusetzen
- Den Islam in Einklang mit den Menschenrechten und der Frauengleichstellung zu bringen.

Letztlich den Islam mit Demokratie zu vereinbaren.

Diese Ziele sind sicherlich sehr lobenswert und auch sehr erfreulich. Problematisch ist es aber, dass sie nur von einer winzigen Minderheit vertreten bzw. zur Kenntnis genommen werden. Reformfreudige Muslime und ihre neuen Versuche – wie die Ibn-Rusht-Goethe-Moschee<sup>10</sup> von Seyran Ates in Berlin – werden zwar in den deutschen Medien hochgejubelt und von der deutschen Politik gelobt, aber innerhalb der muslimischen Bevölkerung erzeugen sie wenig Resonanz – von muslimischen Verbandsvertretern werden sie, wie es scheint, vorwiegend ignoriert. Das hat viele Gründe.

In seinem Buch „Islam in der Krise“<sup>11</sup> be-

<sup>10</sup> <link>

<sup>11</sup> Michael Blume: Islam in der Krise, Patmos, Ostfildern. 2017



schreibt Michael Blume diese Entwicklung sehr treffend. Gerade weil der orthodoxe Islam so rigide ist und keinerlei Kritik am Status Quo erträgt, verabschieden sich große Teile der Muslime leise aus dem Islam, ohne sich mit Kritik, Reformvorschlägen oder gar Abfall vom Islam hervorzutun. Nicht zu Unrecht haben Kulturmuslime Scheu vor der geballten Macht der Orthodoxen. Und da die überall sind, kann es unangenehme Konsequenzen haben, sich kritisch mit dem Thema Islam auseinanderzusetzen.

„Würde man beim Islam in Deutschland das gleiche, strenge Kriterium anlegen wie beim Christentum, wären nur noch etwa 20 Prozent der Muslime zu zählen, ...die Anzahl der „Muslime“ würde auf etwa eine Million Menschen und nicht einmal zwei Prozent der deutschen Bevölkerung schrumpfen.“ Michael Blume nennt es „das Phänomen des stillen Rückzugs“. Dem kann man nicht ernsthaft widersprechen. So bleiben vor allem die orthodoxen Muslime und ihre Ideologien sichtbar. Nicht nur in Moscheevereinen, sondern auch an deutschen Hochschulen, mit Wissenschaftler, die sich als Gralshüter des orthodoxen Islam verstehen. Einer von ihnen ist Bülent Ucar, Professor für Religionspädagogik in Osnabrück. Er hat einen Beitrag zum Thema „Islam und Verfassungsstaat vor dem Hintergrund der Scharia- Rege-

lungen<sup>12</sup>“ geschrieben und an diesem Artikel wird das ganze Dilemma des orthodoxen Islam deutlich: er kann sich nicht von der Scharia emanzipieren.

Prof. Ucar bricht in seinem Artikel eine Lanze für die Scharia als untrennbarer Teil der Religion. „Als ganzheitliche Religion sieht der Islam keine prinzipielle Trennung der unterschiedlichen Sphären des menschlichen Lebens in das Religiöse und das Weltliche vor. Die Welt stellt das Saatfeld für das Jenseits dar, ist eins und lässt sich nicht ohne weiteres künstlich in zwei verschiedene Bereiche aufteilen“.

Nach den Vorstellungen von Prof. Ucar ist die Praxis der Scharia für die Muslime unabdingbar, um im Jenseits belohnt zu werden.

Es ist einem Theologieprofessor unbenommen, auch wortwörtlich an seine Religion zu glauben. Wenn er jedoch daraus schließt, man könne, ja man MÜSSE das islamische Recht auch in säkularen Rechtsstaaten anwenden, ist das mehr als diskutabel.

Beispiel Schule. Die öffentliche Schule ist ein staatliches Organ und ihr Prinzip lautet: Schule ist verbindlich für alle. Ucar hingegen stellt ihre Anforderungen, wie zum Beispiel die verbindliche Teilnahme am koedukativen Schwimmunterricht als einen Ausdruck islamophoben

Verhaltens dar.

„Auf allgegenwärtige Brennpunkte von Scharia und Verfassungsstaat trifft man beispielsweise in der berühmten Kopftuchdebatte, bei der Teilnahme am koedukativen Sport- und Schwimmunterricht, der Einhaltung der rituellen Gebete während der Schul- oder Arbeitszeit etc. Durch diese offen praktizierte Religiosität scheinen sich einige Religionskritiker schon in ihrer Identität angegriffen zu fühlen und möchten Religion einschränken, sie ins Private verweisen.“

Übrigens sollte in dem Zusammenhang kurz erwähnt werden, dass an keiner Hochschule in der arabischen Welt, nicht in Gaza, nicht in Ägypten, Gebete während des Unterrichts erlaubt sind. Schule ist Schule, Gebet ist Gebet. Letztlich weist Ucar die Regeln des Rechtsstaats zugunsten eines religiösen Staatsverständnisses für die Muslime zurück und ist, so scheint es, der Meinung, dass sich diese nicht an die Regeln des säkularen Staates halten müssen.

„Bekennende Muslime können folglich ihren Glauben im Leben nicht hintenanstellen oder gar verheimlichen, auch und besonders nicht zugunsten eines säkularen, Religion nivellierenden Umgangs miteinander.

Diese ungünstige Verwicklung von Staat und Religion und das damit verbundene isla- >

12 Islam und Verfassungsstaat vor dem Hintergrund der Scharia-Regelungen, in: L. Häberle, J. Hattler (Hrsg.), Islam-Säkularismus – Religionsrecht, Springer, Berlin, 2012



*„mische Unbehagen gegenüber einer Trennung von Religion und Staat wird schwer zu lösen sein.“*

Deklariert Prof. Ucar die Muslime damit zu Bürgern der muslimischen Umma, für die anderen Regeln gelten sollen? Oder hat er den Umgang des osmanischen Reiches mit seinen religiösen Minderheiten im Blick? Das sogenannte Millet(=Religionsgemeinschaft) -System, wonach die anerkannten Religionsgemeinschaften ihr Zivilrecht selber regeln konnten, dafür aber an anderer Stelle der Scharia unterworfen, nicht gleichberechtigt mit den Muslimen waren.<sup>13</sup>

### 5. MEHR SÄKULARITÄT WAGEN

Diese Zeiten sind vorbei. Der Charme des Rechtsstaats, in dem wir heute leben, liegt in der absoluten Gleichbehandlung aller seiner Bürgerinnen und Bürger.

Da der Staat von seinen Beamten repräsentiert wird, müssen auch diese während der Amtshandlungen frei von religiösen Symbolen sein, kein Kopftuch im Dienst, keine Kippa und kein Turban.

Da der Staat Äquidistanz zu allen Religionsgemeinschaften halten muss, kann er nicht der einen Gruppe verweigern, was er der anderen zugesteht. Angesichts der Zahlenentwicklung

<sup>13</sup> Fatih Öztürk, the Ottoman Millet System <link>

bezüglich konfessionell gebundener Bürgerinnen und Bürger und angesichts der Rolle, die Religionsgemeinschaften noch innehaben, sollte auf lange Sicht darüber nachgedacht werden, sich vom System der staatlichen Verträge mit den Religionsgemeinschaften in Gänze zu verabschieden, statt den muslimischen Verbänden die gleichen Rechte zu zugestehen. Wir sollten keine „Moschee-Steuer“ einführen. Der Staat braucht kein besonderes Verhältnis zu den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die bestehenden Gesetze reichen aus, um das Verhältnis von Staat und Kirchen zu regeln.

Der öffentliche Raum steht zwar allen Religionen frei, er steht aber eben auch allen Konfessionslosen frei. Die Balance zwischen den unterschiedlichen Überzeugungen der Bürger muss gehalten und jedem Bürger das Recht auf freie Entfaltung gegeben werden.

Unser Grundgesetz schützt das Individuum, nicht die Umma. Unser Grundprinzip ist die Religionsfreiheit des Einzelnen. Jeder Bürger, jede Bürgerin kann sich in einer offenen Gesellschaft einer, keiner oder wechselnden Religionen wie Weltanschauungen zugehörig fühlen. Das schließt auch die negative Religionsfreiheit und den Religionswechsel mit ein. Jeder Bürger hat das Recht, frei von Religion und religiösen Ritualen zu leben. Und es ist

ihm auch freigestellt, von der „Religion der reinen Wesensart“ zu einer Religion der unreinen Wesensart zu wechseln, wenn er das möchte. Der Staat muss einen atheistischen Ex-Muslim ebenso schützen wie einen Konvertiten. Die Arbeitszeit ist gesetzlich geregelt, daran muss sich jeder Arbeitnehmer halten, Gebete sind Privatsache, also müssen sie in der Freizeit verrichtet werden. Religiöse Praktiken müssen ins Private verwiesen werden, nicht weil sich Religionskritiker durch religiöse Rituale in ihrer Identität angegriffen fühlen, sondern weil gleiches Recht für alle herrschen muss. Wo käme ein Arbeitgeber hin, wenn er allen Religionsgruppen die Möglichkeit des Gebetes während der Arbeitszeit gestatten würde?

Um es zusammenzufassen: Oben sticht unten: religiöse Gesetze aller Religionen müssen sich den weltlichen Gesetzen unterordnen, die dann auch für alle gelten. Ein Beispiel: die katholische Kirche akzeptiert im Allgemeinen keine Scheidung und Wiederverheiratung, der Islam akzeptiert unter bestimmten Voraussetzungen die Polygynie. Für den Rechtsstaat ist beides irrelevant. Das bürgerliche Gesetz kennt nur die Monogamie und akzeptiert die Scheidung und die Wiederverheiratung. Und das für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen. Das nennt man Säkularität und Rechtsstaatlichkeit. Das eine geht nicht ohne das andere.



## BLICKPUNKT FORSCHUNG: WERTE IN DER GESELLSCHAFT

### ETHISCHE ENTSCHEIDUNGEN SELBSTFAHRENDER AUTOS

An der Universität Osnabrück wird an Algorithmen für selbstfahrende Personenkraftwagen mitgearbeitet. Da in gefährlichen Situationen Entscheidungen zu treffen sind, werden moralische Entscheidungssysteme auch für selbstfahrende Autos für notwendig erachtet. Die Autoren wollen den Algorithmus, der Unfallgefahren mit Fußgängern verringern soll, an die menschliche Entscheidung, die ja bekanntlich sehr kontextabhängig aber auch sehr fehleranfällig ist, anpassen. Für die hier publizierte Studie wurden die Situationen auf einen unvermeidlichen Zusammenstoß mit einem von zwei alternativen „Hindernissen“ zugespitzt - oder, man kann auch sagen: erst einmal vereinfacht. Denn zu ethischen Entscheidungen, bspw. ein Leben zu opfern um fünf Leben zu retten (utilitaristische, Konsequenzen-abwägende Ethik), liegen bereits viele Befunde vor. Dabei scheint die Summe der geretteten Lebensjahre das entscheidende Kriterium zu sein: ein Kind kann dann mehr wert sein als einige aber sehr alte Personen. Auch waren in vorherigen Studien Autofahrer weniger zu verschonen als Fußgänger, erstere gaben zum Verkehrsrisiko quasi eher ihr Einver-

ständnis. Solche Modellierungen vom Wert des Lebens sind selbst eine sehr utilitaristische Angelegenheit, jedenfalls erzeugt die deontologische Ethik viele unangenehme Gefühle dabei, schon beim Schreiben und sicher auch beim Lesen dieser Absätze.

Doch zurück zu der Studie: Im Experimental-labor, ausgestattet mit Techniken virtueller Realität (VR Brille, Kopfhörer, Autositz), haben 105 Versuchspersonen ein (virtuelles) Auto gesteuert, dessen Bremsen - einen Berg hinunter fahrend, an einer Gabelung der Straße - versagen. In der einen Straße nach der Gabelung spielt bspw. ein Kind, in der anderen steht ein Reh. Nebel verkürzt die Reaktionszeit. Kurz vor der ausgewählten Kollision wurde der Bildschirm in der VR-Brille schwarz. Die Versuchspersonen haben sich neunmal hintereinander diesem Stress ausgesetzt, manchmal war eine der beiden Straßen auch frei. Wie sie sich jeweils entschieden haben, ließ sich durch ein Modell abbilden, in dem jedes einzelne „Hindernis“ einen anderen Wert hatte und das mit dem höheren Wert verschont wird. Ein komplexeres Modell war nicht besser. Die „wertvollsten“ Hindernisse waren: Kind mit Haustier; dann Kind, dann Erwachsener, dann Haus-, dann Wild-Tiere, dann Unbelebtes wie Heuballen und Mülleimer. Ein Modell >



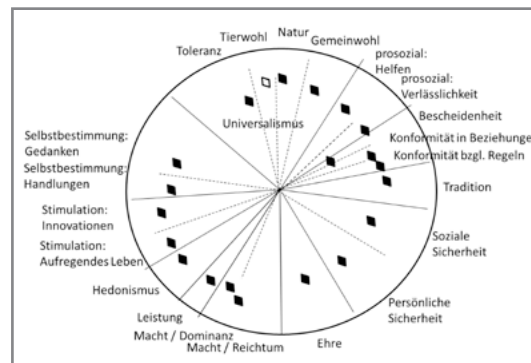
mit den einfachen Kategorien Kind, Erwachsener, Tier, Gegenstand passte auch gut auf die Daten. Je höher aber der Zeitdruck für die Teilnehmenden war, je schneller reagiert werden musste, desto inkonsistenter wurden die menschlichen Entscheidungen. Hier könnte der ja schnellere Algorithmus im selbstfahrenden Auto das Entscheidungsergebnis zukünftig also sogar verbessern. Jedenfalls unterstützt schon heute der Druck durch den technischen Fortschritt die Forschung zur menschlichen Ethik. **ms**

■ **Sütfeld, L.R., Gast, R., König, P. & Pipa, G. (2017).** Using Virtual Reality to Assess Ethical Decisions in Road Traffic Scenarios: Applicability of Value-of-Life-Based Models and Influences of Time Pressure. *Frontiers in Behavioral Neuroscience*. <link>

### TIERWOHL ALS EIN NEUER WERT ZWISCHEN NATUR UND TOLERANZ

Der Wertekreis nach Schwartz unterscheidet 10 Basiswerte (siehe die Graphik im Blickpunkt zur Interkulturellen Perspektive). Seit 2012 hat Schwartz mit vielen KollegInnen ein sogenanntes verfeinertes Modell mit 19 unterscheidbaren Wertebereichen veröffentlicht und einen entsprechen-

den längeren Fragebogen namens PVG-R dazu. Unter anderem werden die sogenannten Universalistischen Werte in die drei Bereiche Toleranz, Natur und Gemeinwohlorientierung aufgeteilt; Bescheidenheit wurde extra gestellt und Ehre im Sinne von Respekt bekommen als neuer Wert zugefügt. Sechs Autoren, darunter Schwartz selbst argumentieren nun, dass (zumindest in unseren westlichen Gesellschaften) auch das Tierwohl einen eigenständigen Wertestatus erhalten sollte. Über 700 Teilnehmende aus den USA und Australien wählten 21 mal aus je fünf der Werte den persönlich wichtigsten und unwichtigsten aus; das Ergebnis der statistische Auswertung in Bezug auf die Struktur der Werteinhalte ist in der Graphik abgebildet: Tierwohl als Wert befindet sich in der vermuteten Universalismus-Region zwischen Toleranz für andere Lebensweisen



und der Liebe zur Natur. Wer Haustiere hält, gibt dem Tierwohl eine höhere Wichtigkeit; je wichtiger der Tierwohl-Wert, desto eher wird an Tierschutzorganisationen gespendet. **ms**



■ **Lee, J. A., Sneddon, J. N., Daly, T. M., Schwartz, S. H., Soutar, G. N., & Louviere, J. J. (2017).** Testing and Extending Schwartz Refined Value Theory Using a Best-Worst Scaling Approach. *Assessment*, 1-15, online first.



## BLICKPUNKT FORSCHUNG: WERTE IN DER INTERKULTURELLEN PERSPEKTIVE

### MUSLIME WENIG EUROPÄISCH INTEGRIERT – WIE MACHEN WIR UNSERE NATIONALE IDENTITÄT AUCH FÜR MUSLIME INTEGRATIV?

Auch zur Identifikation „gehören immer zwei dazu“. Gegen Muslime gibt es in vielen Europäischen Ländern negative Vorurteile (Islamophobie). Kein Wunder, dass es für nach Europa migrierte Muslime schwer ist, sich mit dem aufnehmenden Land zu identifizieren. Zudem, wie die AutorInnen herausarbeiten, neuerdings das christliche Erbe im zunehmend säkularen Europa hervorgeholt und als Bestandteil der nationalen Identität deklariert werde. Damit wird eine duale Identifikation (bspw. als Muslim und als Deutscher) zusätzlich erschwert.

Interessant ist, wie die Autorinnen, eine aus Holland, eine aus Belgien, im Vorfeld der Datenanalyse Unterschiede zwischen fünf europäischen Ländern geschichtlich analysieren: Die Kolonialmächtsvergangenheit einiger Länder (hier England und Holland) brachte multireligiöse Gesellschaften mit entweder toleranten Institutionen oder eben auch separierten Milieus (mit eigenen Schulen und Gotteshäusern etc) hervor. Auch wenn der deutsche Begriff der „Parallelwelten“ bei uns einen negativen Beigeschmack hat, erlauben Parallelwelten in Sa-

chen Religion doch allen Bürgern eine duale Identifikation mit der gleichen Nation. Die Autorinnen sehen die muslimische Religion dagegen in Deutschland als besonders unterprivilegiert (dazwischen liegen noch Belgien und Schweden). Der Satz von der Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland, den Wolfgang Schäuble 2004, Christian Wulf 2010 und Angela Merkel 2015 sagten, hat daran noch nichts geändert.

Der Artikel reanalysiert die Befragungsdaten von Schüler/innen aus einer erweiterten Längsschnittstudie vor, die die Integration von Immigrantenkindern in den genannten Ländern (Belgien, England, Deutschland, Holland und Schweden) begleitet. Zwischen 2010 und 2013 wurden 14 Jährige in Schulen mit höherem Migrationsanteil nach Einwilligung der Eltern befragt; pro Land vier- bis fünftausend. Um in der Auswertung als >



Foto: Herndon Pilera - „Look through the window“ CC BY-SA 2.0 <link> - Auschnitt



Mitglied der nationalen Mehrheit zu gelten, mussten man selbst, beide Eltern und alle vier Großeltern im Land geboren sein. "Wie sehr fühlst du dich deutsch?" war für die Jugendlichen in Deutschland die Frage, um die es hier ging, von 1 = gar nicht bis 4 = sehr, die möglichen Antworten. Wichtig wird (neben Fragen zur Religiosität und Benachteiligungserfahrung) auch die nach dem Anteil von Freunden „mit deutschem Hintergrund“ (Adjektiv je nach Mehrheitsnation).

Die Ergebnisse sind interessant: Ja, Minderheitsmitglieder, also alle Schüler/innen mit irgendeinem Migrationshintergrund bis zur Oma, zeigten generell niedrigere nationale Identifikation als Majoritätsmitglieder. Und: Ja, die Identifikation von Migrantinnen aus muslimischen Ländern fällt noch einmal niedriger aus.

Aber es gibt Unterschiede zwischen den fünf Ländern. Die Autorinnen schlussfolgern, dass einige nationale Identitäten also für Muslime inklusionsgeeigneter oder integrativer sind als andere. Wenn man die bessere Identifikation in einigen Ländern erklären kann, können die anderen Länder an den Best-Practice Beispielen lernen. Wie schafft man eine integrative Identität? Die Autoren erklären (unter Anwendung der statistischen Technik der Mediation, das ganze

noch im Multi-Level-Modell, also statistisch state of the art), dass die angebotene nationale Identität den positiven Intergruppenkontakt, also Freundschaften zwischen Minderheits- und Mehrheits-Mitgliedern fördern muss, damit Identifikation auch bei Minderheitsmitgliedern gestiftet wird. Am zweitwichtigsten war die individuelle Religiosität, aber in England und Holland weniger wichtig als in den drei anderen Ländern, am dritt wichtigsten waren möglichst wenig Benachteiligungserfahrung.

Wie abweisend oder integrative die Inhalte unserer nationalen Identität sind, verantworten wir. Wenn Deutschland also davon lernt, wie England Migranten aus Indien und Pakistan integrieren konnte und wie Diversität in Freundschaften gefördert werden kann, könnte auch unsere nationale Identität für die duale Identifikation von Muslimen integrativer werden. **ms**

■ **Fleischmann, F. & Phalet, K. (2018).** Religion and National Identification in Europe: Comparing Muslim Youth in Belgium, England, Germany, the Netherlands, and Sweden. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 49, 44-61.

## WELCHE WERTHALTUNG MACHT ZUFRIEDEN? UND WO?

Mit der Frage, ob und welche Werte auch persönlich zufriedener machen, haben sich schon viele Studien beschäftigt. Unter anderem wohl auch, weil sich beides, die persönliche Werthaltung und die allgemeine Lebenszufriedenheit, leicht in Umfragen erheben lässt. Die neueste Studie zu diesem Thema konnte repräsentative Daten aus 32 Ländern aus Ost- und Westeuropa (European Social Survey, ersten drei Wellen).

Unterschiede zwischen den Ländern sind interessant, weil sie den Blick der Psychologie erweitern: im sogenannten sozio-ökologischen Ansatz sind auch psychologische Prozesse von der gesellschaftlichen Umgebung abhängig. Aber wie genau? Sind immer diejenigen am meisten zufrieden, deren Werte auch von der Mehrheit präferiert werden? Oder eher diejenigen, die mit ihren persönlichen Werten das kompensieren können, was ihnen die gesellschaftliche Umgebung nicht bieten kann? Die Ergebnisse werden in der Graphik im Wertekreis nach Schwartz, der den Lesenden aus anderen Ausgaben von Wissenswert bekannt sein dürfte, visualisiert.

In egalitären Ländern wie Frankreich und >

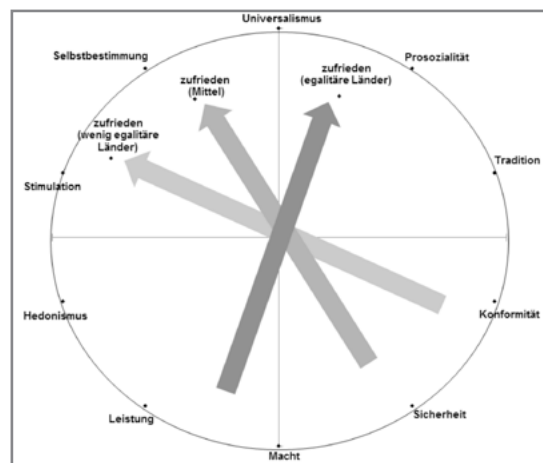




Schweden wird eine höhere Lebenszufriedenheit von Personen mit prosozialen Werten berichtet, wohl weil hilfsbereite Menschen von anderen gemocht werden und daher mehr soziale Eingebundenheit und Liebe erleben dürfen, während egoistische Personen, die das egalitäre System ausnutzen könnten, eher sozial geächtet werden und einsam sind. In wenig egalitären Ländern wie hier Russland oder Rumänien kann Erfolg nur über Eigeninitiative erreicht werden, zudem würden egoistische Werte wie Macht und persönlicher Wohlstand weniger sozial geächtet, mutmaßen die Autoren. Natürlich sind bei solchen Fragebogenstudien auch wechselseitige Verursachungsbeziehungen denkbar: bspw. lässt sich leichter eine egalitäre Gesellschaft bilden, wenn vie-

len Mitgliedern prosoziale Werte wichtiger als selbstbezogene sind. **ms**

■ **Sortheix, F. M., & Schwartz, S. H. (2017).** Values that Underlie and Undermine Well-Being: Variability Across Countries. *European Journal of Personality, 31*, 187-201.





## BLICKPUNKT FORSCHUNG: WERTE IN DER WIRTSCHAFT

„SOZIALE GERECHTIGKEIT IST MIR WICHTIG!“  
- ABER WAS HABE ICH MIT DEN ARBEITS-  
STANDARDS IN MEINEN EINKAUFSMÄRKTEN  
ZU TUN?

Seit den 1990er Jahren wird zunehmend mit der „sauberen“ Herkunft von Produkten geworben, Stichwort Transparenz; sozialverträgliche Herstellungsbedingungen und umweltverträgliche Produktion rückten in den Fokus. Allerdings hat sich oft gezeigt, dass Konsumenten trotz größeren Wissens um unethische Arbeitsbedingungen ihr Kaufverhalten nur wenig geändert haben. Je nach Studie ist etwa nur einer von vier Kunden bereit, für ein „fair trade“-zertifiziertes Produkt mehr Geld auszugeben. In den USA gab es in den letzten Jahren diverse Prozesse gegen Einkaufsmarktbetreiber wie z.B. Walmart, bei denen zum Teil in Sammelklagen gegen die Benachteiligung von Frauen bei Lohn und Beförderungen, gegen Rassendiskriminierung oder Ausbeutung von Immigranten prozessiert wurde. Warum unterstützen Kunden weiterhin Unternehmen mit unangemessenen Praktiken im Umgang mit ihren Mitarbeitern? Oder sind die Kunden sich dieser Praktiken einfach nicht bewusst? Schulz und Braekkan untersuchten nun, in welchem Ausmaß auf soziale Gerechtigkeit

bezogene Werte und Einstellungen gegenüber Arbeitsstandards bei den Kunden mit deren Kaufintentionen und - Kaufverhalten zusammenhängen. Wer Fairness und Gerechtigkeit in sozialen Interaktionen wertschätzt, sollte eigentlich keine Unternehmen unterstützen, die dafür bekannt sind, unethische Praktiken anzuwenden. Zumindest sollte die Intention gebildet werden, dort nicht mehr einkaufen zu wollen. Die Verhaltensintention hat sich in der bisherigen Forschung als bester Prädiktor für das später gezeigte Verhalten erwiesen. Als zweiter Einflussfaktor gilt die Einstellung des sozialen Umfelds (Freunde, Familie). Drittens dürfte beim Kundenverhalten eine Rolle spielen, ob die Person meint, mit ihren Entscheidungen auch etwas bewirken zu können. Schulz und Braekkan stützten sich auf Forschung von Ajzen zur wahrgenommenen Verhaltenskontrolle – hier im Kontext sozialer Gerechtigkeit bedeutet sie, dass Personen mehr oder weniger davon überzeugt sind, mit dem eigenen Kaufverhalten Arbeitsstandards im Handel zu beeinflussen. Je höher die wahrgenommene Verhaltenskontrolle einer Person im Kontext sozialer Gerechtigkeit, desto eher sollte sich die Kaufintention nach den eigenen Werten ausrichten.

An der Fragebogenstudie nahmen 299 >



Studierende aus den USA teil. Die Fragen betrafen die persönliche Wichtigkeit sozialer Gerechtigkeit, die eigene wahrgenommener Verhaltenskontrolle in diesem Bereich und eine von Schulz und Braekkan selbst entwickelte Skala zum Konsumentenverhalten mit Aussagen wie „Preis und Qualität der Produkte entscheiden, wo ich einkaufe.“ oder „Ich kaufe nicht bei Einzelhändlern, von denen ich weiß, dass sie mit Kinderarbeit hergestellte Produkte vertreiben.“

Mit den Ergebnissen konnten die wichtigsten Hypothesen angenommen werden: Ambitionierte Werte zur sozialer Gerechtigkeit sowie ein moralisches soziales Umfeld beeinflussten den Vorsatz, lieber in moralisch unbedenklichen Läden einzukaufen. Auch eine hohe wahrgenommene Verhaltenskontrolle für den Bereich sozialer Gerechtigkeit wirkte sich positiv aus. In einer nachgeschalteten Analyse stellten die Autoren fest, dass sich hohe wahrgenommene Kontrolle eigentlich nur dann positiv ausgewirkt hat, wenn die Personen sowohl über Wissen\* verfügten als auch Interesse daran empfanden, wie es um die soziale Gerechtigkeit in einem Unternehmen bestellt ist.

Man könnte also die Redewendung „Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach“ auch auf Konsumentenentscheidungen im

Kontext sozialer Gerechtigkeit anwenden. Die Autoren meinen, dass weitere Forschung angestellt werden sollte, die zeige, wie Menschen dazu gebracht werden können, gute Absichten in die Tat umzusetzen, z.B. durch Schulungen zu Arbeitsrecht oder durch Kampagnen, die darauf abzielen aufzuzeigen, wie der Einzelne durch persönliche Entscheidungen einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten kann. **ih**



■ Schulz, M., & Braekkan, K. F. (2017). Social Justice Attitudes and Concerns for Labor Standards: An Empirical Investigation of the Theory of Planned Behaviors and Consumer Actions. *SAGE Open*, 7(1), 1-9.



## DER WERT DER STATISTIK FÜR DIE KLIMAFORSCHUNG

IT'S LATE IN JULY AND IT IS REALLY COLD OUTSIDE IN NEW YORK. WHERE THE HELL IS GLOBAL WARMING??? WE NEED SOME FAST! IT'S NOW CLIMATE CHANGE — DONALD J. TRUMP (@REALDONALDTRUMP) JULY 29, 2014.

Von Dr. Christian Franzke.

**CHRISTIAN FRANZKE,**

**DR. HABIL., DIPL.-METEOROLOGE,**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Meteorologischen Institut und des Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) an der Universität Hamburg.

Er arbeitet seit vielen Jahren zu den Themen: Klimawandel, Klimavariabilität, Klimamodellierung und Wetter- und Klimarisiken. Er ist Redaktionsmitglied der Zeitschriften „Earth System Dynamics“ und „Mathematics of Climate and Weather Forecasting“.

Der globale Klimawandel ist wieder in den Medien präsent: Der amerikanische Präsident hat angekündigt, dass die USA den Pariser Klimavertrag der Vereinten Nationen aufkündigen werden. Dieser Vertrag hat zum Ziel, die globale Klimaerwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius, besser noch auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Donald Trump und Teile seiner Regierung leugnen die Existenz der globalen Klimaerwärmung. Andere Teile der US-Regierung, vor allem das Militär, nehmen den Klimawandel und seine Sicherheitsrisiken dagegen sehr ernst.

Das Klima hat sich bereits erwärmt. Dies wissen wir durch Analysen von Wetterbeobachtungen und Klimamodellsimulationen. Die Statistik ist dabei eine der bedeutendsten Erkenntnisquellen der Klimaforschung. Denn obwohl wir geographisch und zeitlich niemals vollständige Messdaten haben werden, können wir mit Hilfe der Statistik diese fehlenden Daten ermitteln. So lassen sich aktuelle und frühere Zustände des Klimasystems darstellen und zukünftige Entwicklungen einordnen.

Die globale Erwärmung berechnen wir Klimaforscher aus der so genannten global gemittelten Temperatur der Erdoberfläche. Dieser Wert ergibt sich aus dem Durchschnitt aller vorhandenen Temperaturdaten



Foto: © Anna S. Sommer - „Aeg over Rio“

von Land- und Ozeanoberfläche zu einem bestimmten Zeitpunkt. So zeigt sich zum Beispiel, dass 2016 das bisher wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen war. Die globale Temperatur lag mit 0,94 Grad Celsius beinahe ein Grad über dem Mittelwert des gesamten 20ten Jahrhunderts. Gleichzeitig hat die Erwärmung seit 1975 deutlich angezogen: Zwei Drittel des Temperaturanstiegs passierten in den letzten 40 Jahren, wobei es jedes Jahrzehnt 0,15 bis 0,2 Grad Celsius wärmer wurde. Durch statistische Analysen dieser Zeitreihe lässt sich der Klimawandel also bestimmen und quantifizieren.

Solch ein globaler Mittelwert für die Temperatur ist hilfreich, da er komplexe Änderungen in einer einzelnen Zeitreihe erfasst. Mit bloßem Auge lässt sich die Erwärmung des Klimas ablesen. Aber die Zeitreihe enthält auch Unsicherheiten. Ursache dafür ist zum Beispiel ein unterschiedlich dichtes >



Netz von Messstationen. Es gibt sehr viele Wetterstationen in Europa und den USA, aber recht wenige in Afrika oder den polaren Regionen. Die Ozeantemperatur kann wiederum nur in Regionen mit regelmäßigem Schiffsverkehr flächendeckend erhoben werden. Doch gerade in der Arktis, von der kaum Messdaten vorliegen, steigen die Temperaturen am schnellsten.

Mit statistischen Methoden können wir die Temperatur in solchen Regionen abschätzen. Diese Rechnungen beinhalten Unsicherheiten. Doch sie lassen sich exakt beziffern und werden wiederum in die folgenden Rechnungen einbezogen. So erhalten wir einerseits den wahrscheinlichsten Temperaturwert an einem Ort und gleichzeitig auch die Spannbreite seiner möglichen Abweichung. Die Spannbreite ist dabei ein Maß für das Vertrauen in den ermittelten Temperaturwert: Je enger die Spanne ist, umso näher kommt der Wert der Realität.

Dies ist ein großer Vorteil der Statistik. Auch wenn wir mit Wahrscheinlichkeiten rechnen, können wir alle Unsicherheiten systematisch berücksichtigen. So wird stets deutlich, welcher Wert wie sicher ist. Die Statistik erlaubt uns, dies ganz genau zu quantifizieren. Zurück zum Trump-Tweet: Wenn er beklagt, den Klimawandel im New Yorker Juli 2014

nicht zu spüren, hat er durchaus Recht. Denn die mittlere globale Temperatur ist kaum geeignet, das lokale Wetter zu beschreiben. Obwohl wir erwarten, dass bis zum Jahr 2100 die Temperaturen weltweit ansteigen werden, wird dieser Anstieg nicht überall gleichmäßig verlaufen. Denn unser Klimasystem ist räumlich und zeitlich sehr variabel.

In einigen Regionen kann es zunächst sogar kühler werden. Meeresströmungen zum Beispiel haben einen starken Einfluss auf die Temperatur der Erdoberfläche. Sie unterliegen aber gleichzeitig natürlichen Schwankungen: Temperatur-Rhythmen von Jahrzehnten bis zu Jahrhunderten. Diese Schwankungen treten unabhängig vom menschengemachten Klimawandel auf. In einer Kaltphase des Ozeans würden sie deshalb die globale Temperaturerhöhung abschwächen – also maskieren. Eine Warmphase würde den Klimawandel dagegen verstärken. So können immer wieder kalte Sommer und verschneite Winter auftreten, die einer globalen Erwärmung gefühlt widersprechen. Die Statistik sagt uns, dass solche Ereignisse durch den Klimawandel immer weniger wahrscheinlich werden, aber nicht unmöglich sind.

Um den Trend von natürlichen Klimaschwankungen zu trennen benutzen wir das Signal-

zu-Rauschen-Verhältnis. Die globale Erwärmung selbst bezeichnen wir dabei als Signal. Als Rauschen überlagern die natürlichen Klimaschwankungen dieses Signal. Zurzeit dominiert das Signal, also der Klimawandel, vor allem auf der globalen Skala das Geschehen. Regional und lokal bestimmt dagegen immer noch vorwiegend das Rauschen, also die natürlichen Schwankungen, unser Klima – auch wenn sich lokal durchaus schon Veränderungen zeigen. In Zukunft werden die vom Menschen verursachten Klimaänderungen jedoch immer eindeutiger aus dem Rauschen hervortreten, bis sie es schließlich komplett dominieren. Mit Hilfe der Statistik können wir auch dies beschreiben.

Doch woher wissen wir, welche Schwankungen natürlich sind? Viele natürliche Veränderungen des Klimas, wie zum Beispiel Dürreperioden, wirken auf sehr langen Zeitskalen. Manche Phasen hängen mit der Ozeanzirkulation zusammen und laufen über viele Jahrzehnte. Es gibt jedoch erst seit rund 1850 ausreichend Messwerte hierzu. Stärke und Einfluss dieser Schwankungen lassen sich also nur schwer abschätzen.

Mehr Informationen aus unserer Klimavergangenheit liefern uns hingegen Proxy-Daten. Hier verraten Baumringe, Korallen, >



Pollen, Eisbohrkerne aber auch historische Schriften indirekt etwas über die Temperaturen in der Vergangenheit. Alle diese Daten werden statistisch ausgewertet, so dass wir eine historische Temperaturzeitreihe der letzten 12000 Jahre erstellen können.

So können wir den Klimawandel im Kontext natürlicher Schwankungen über einen sehr langen Zeitraum betrachten: Die Temperatur ist heute nicht nur höher als jemals in den letzten 12000 Jahren, die Erwärmung ist auch außerordentlich rasant vor sich gegangen. Vor allem die Geschwindigkeit macht Sorgen, denn Ökosysteme und Gesellschaften können sich nur langsam an neue Klimabedingungen anpassen.

Doch wie stark beeinflussen natürliche Schwankungen das Klima im Vergleich zum Menschen? Mit komplexen Rechenmodellen lässt sich unser Klima auf Hochleistungscomputern simulieren. Diese Modelle beschreiben mit Hilfe physikalischer und chemischer Gesetze das Klimasystem möglichst genau. So simulieren wir zum Beispiel ein heutiges Klima mit dem Treibhausgas-Niveau von vor der Industrialisierung um 1750. In einem anderen Szenario erhöhen wir die Menge an Treibhausgasen so, wie sie heute tatsächlich vorliegt. Vergleichen wir beide, so zeigt sich deutlich, dass nur mit

den zusätzlichen vom Menschen verursachten Emissionen die heute messbare Temperaturerhöhung erreicht werden kann. Ohne den Einfluss des Menschen wäre es heute im Schnitt rund ein Grad Celsius kühler.

Manche Leugner des Klimawandels behaupten weiter, dass Kohlendioxid, auch als CO<sub>2</sub> bezeichnet, gar nicht auf das Klima wirkt. Doch schon um 1896 belegte Svante Arrhenius (1859-1927) im Labor, wie wirksam CO<sub>2</sub> als Treibhausgas ist – und sagte den Treibhauseffekt recht genau vorher. Er errechnete, dass eine Verdoppelung von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre die Temperatur um vier Grad erhöhen würde. Heute gehen wir von einer Erhöhung zwischen 1,5 und 4,5 Grad Celsius aus. Arrhenius Prognose liegt also am oberen Ende der Klimamodellvorhersagen, aber im Bereich des Möglichen. Mit einfachen grundlegenden Überlegungen kam



Foto: Natur – Not only our island nation that is sinking" CC BY 2.0 -linka, Parabelerung

er also schon vor mehr als 100 Jahren zu realistischen Vorhersagen.

Der Begriff Unsicherheit suggeriert, dass Forscher sich ihrer Ergebnisse nicht sicher sind. Dies ist aber nicht der Fall. In der Statistik beschreibt der Begriff eben die Spanne innerhalb derer sich die Ergebnisse bewegen. Mit Hilfe der Statistik stellen wir eindeutig fest, dass sich in den letzten 150 Jahren das Klima schneller erwärmt hat als jemals zuvor. Und wir können belegen, dass dies auf das Konto der Menschen geht. Der amerikanische Präsident und andere Entscheider leugnen den globalen Klimawandel, obwohl es dafür keinen einzigen wissenschaftlichen Grund gibt. Ich bezeichne sie deshalb als Leugner – und nicht als Skeptiker.

Wissenschaftlich gesehen sind die Ursachen des Klimawandels geklärt wie ich dargelegt habe. Das Ziel der Leugner ist nicht die wissenschaftliche Debatte voran zu bringen und unser Verständnis des Klimasystems zu verbessern, sondern Zweifel in der Bevölkerung zu säen. Die Leugner, es sind nur sehr wenige aber sie gehen sehr aggressiv vor, übertreiben die Meinungsunterschiede in der wissenschaftlichen Diskussion damit die Bevölkerung sich fragt: Wenn sich die Experten uneinig sind warum sollen wir dann unseren Lebensstil ändern und der Staat >



viel Geld in den Klimaschutz investieren? Die Leugner wollen den falschen Eindruck erwecken, dass die Ursachen des Klimawandels noch nicht geklärt sind.

Die Leugner greifen dabei auf Methoden, und auch Lobbyorganisationen zurück, die schon die Tabakindustrie angewandt hat, um den Zusammenhang zwischen Rauchen und Lungenkrebs zu diskreditieren. Später wurden so auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse zwischen schwefelhaltigen fossilen Brennstoffen (Kohle, Erdöl und Erdölprodukte) und dem „Sauren Regen“ (und auch zwischen Fluorchlorkohlenwasserstoffen und dem Ozonloch) in Zweifel gezogen, obwohl zu den jeweiligen Zeitpunkten die wissenschaftlichen Ursachen geklärt waren; unter anderem durch statistische Analysen.

■ **Archer, D. & Pierrehumbert, R., (Eds.) (2011).** *The warming papers*. New York: John Wiley & Sons.

■ **Hulme, M. (2009).** *Why we disagree about climate change: Understanding controversy, inaction and opportunity*. Cambridge: University Press.

■ **Rosenzweig, C., Karoly, D., Vicarelli, M., Neofotis, P., Wu, Q., Casassa, G. & Tryjanowski, P. (2008).** *Attributing physical and biological impacts to anthropogenic climate*

*change. Nature, 453(7193), 353.*

■ **Stott, P. A., Gillett, N. P., Hegerl, G. C., Karoly, D. J., Stone, D. A., Zhang, X., & Zwiers, F. (2010).** Detection and attribution of climate change: a regional perspective. Wiley Interdisciplinary Reviews: *Climate Change*, 1(2), 192-211.

■ Synthesis Report Summary Chapter for Policymakers. *IPCC 31 (2014): 2014.* <link>



## BLICKPUNKT FORSCHUNG: WERTE IN DER POLITIK

### KANN MAN SENSIBEL FÜR SELBSTANGERICH- TETE UNGERECHTIGKEIT SEIN UND TROTZDEM SCHULDGEFÜHLE VON SICH WEISEN?

Personen unterscheiden sich darin, wie schnell sie etwas als ungerecht wahrnehmen. Diese unterschiedliche Sensibilität gegenüber (Un-)Gerechtigkeit konnte in bisheriger Forschung differenziert werden je nach der Perspektive, aus der Ungerechtigkeit erlebt wird: als Opfer, als Beobachter, als Nutznießer oder gar Täter. Maltese und Baumert konzentrierten sich auf die Perspektive der Nutznießer und Täter, da hier Ungerechtigkeit mit unangenehmen Schuldgefühlen assoziiert sein kann. Wer besonders in der Täter-Perspektive sensibel ist, wird Schuldgefühle wegen potenziellem Fehlverhalten empfinden, wer besonders in der Nutznießer-Perspektive sensibel ist, wird sich vor allem dann schuldig fühlen, wenn er oder sie von illegitimen Vorteilen profitiert. Neu ist die Verbindung dieser beiden Perspektiven mit Prozessen moralischer Selbstregulation. Theorien moralischen Handelns, speziell das Konzept moralischer Selbstregulation nach Bandura, können Aufschluss darüber geben, wie Gerechtigkeits-sensibilität die weiteren Gedanken und dann natürlich auch das Handeln beeinflussen.

Personen handeln trotz besten Wissens nicht immer moralisch. Eigene moralische Standards können gerade in der Perspektive als Täter oder Nutznießer leicht ausgehebelt werden, z.B. durch Verleugnung negativer Konsequenzen für die Opfer, durch zu positive Rekonstruktionen eigener Handlungen oder dadurch, dass den Opfern selbst unmoralische Handlungen vorgeworfen werden. Man nennt solche Strategien der Schuldgefühlsbekämpfung „moralisches Disengagement“. Dazu gehören auch euphemistische Sprache, Entmenschlichung des Gegenübers oder Verantwortungsdiffusion. Bisherige Forschung konnte interindividuelle Unterschiede nachweisen, wie stark Menschen diese Strategien des moralischen Disengagements nutzen. Personen, die diese Strategien häufig anwendeten, werden oft als selbstbezogen, wenig zu Schuldgefühlen neigend und wenig sozial charakterisiert.

Maltese und Baumert stellten die Hypothese auf, dass Personen mit hoher Gerechtigkeits-sensibilität in Täter- oder Nutznießer-Perspektive weniger zu solchem moralischen Disengagement neigen als andere. Zweitens sollten intraindividuelle Veränderungen der Gerechtigkeits-sensibilität ähnlich mit intraindividuellen Veränderungen des mo- >





ralischen Disengagements zusammenhängen: Wer also bei einem Thema oder in einer bestimmten Zeit besonders sensibel für eigene Ungerechtigkeiten (Täter oder Nutznießer) ist, sollte weniger zu Strategien moralischem Disengagement greifen als bei anderen Themen oder zu anderen Zeiten. Wichtig für den Nachweis einer Kausalität ist, dass sich zuerst die Sensibilität ändert und darauf folgend dann erst die Nutzung von Disengagement-Strategien.

Die Autoren haben daher eine Langzeitstudie durchgeführt. Über ein Jahr hinweg wurden zu vier Zeitpunkten von vielen Studierende (zu Beginn von 515, am Ende noch von 317) Fragebögen beantwortet, die Gerechtigkeitssensibilität und moralisches



Disengagement messen. Da der Beginn des Studiums viele neue soziale Kontakte mit sich bringt und ein prägendes Lebensereignis darstellt, testeten die Autoren die Studierenden zum ersten Mal kurz vor Beginn des ersten Semesters.

Mit den Ergebnissen konnte die erste Hypothese klar angenommen werden: Für die erste Messung gilt: je höher die Gerechtigkeitssensibilität der Person, desto geringer ihre Neigung zu moralischem Disengagement. Für die zweite Hypothese zur Kausalitätsrichtung ergaben sich einige Hinweise: wer während der Semesterferien zwischen dem ersten und zweiten Semester sensibler für eigene Ungerechtigkeiten wurde (Täter / Nutznießer-Perspektive), dessen Neigung zu moralischem Disengagement ging während des zweiten Semesters zurück (und umgekehrt brachte ein Sensibilitätsverlust während der Semesterferien eine häufigere Nutzung der Disengagement-Strategien während des zweiten Semesters mit sich). Für die anderen Messzeitpunkt-Vergleiche ergab das angelegte statistische Modell (latent change) keine Befunde - aber immerhin auch keine gegenteiligen.

Die Veränderungen wurden hier auf einer „Makro“-Ebene analysiert (ca. Dreimonatsabstände, Fragebogen); weitere Forschung

auf der Mikro-Ebene alltäglicher aber konkreter Erfahrungen wäre wünschenswert. Es wäre ebenfalls interessant, die Ergebnisse mit Veränderungen in anderen Lebensperioden zu vergleichen. **ih**

■ **Maltese, S., & Baumert, A. (2017).** Linking longitudinal dynamics of justice sensitivity and moral disengagement. *Personality and Individual Differences*. <link>



## BLICKPUNKT FORSCHUNG: WERTE IN ERZIEHUNG UND FAMILIE

### RACHE IST DOCH SÜSS

Soziale Provokationen und Zurückweisungen machen wütend oder verletzen. Aber nicht diese negativen Gefühle als solche, sondern die eigenen Bemühungen zur Emotionsregulation, die nach einem positiven Ausgleich suchen, seien für aggressive Vergeltungshandlungen verantwortlich, so eine aktuelle Forschungsserie. Genau weil Rache süß ist, werde sie verübt. In sechs Experimenten musste ein Teil der Versuchspersonen soziale Zurückweisung erfahren: entweder mussten sich an eigene Zurückweisungserfahrungen möglichst plastisch erinnern und eine Seite darüber schreiben, oder sie bekamen auf einen 1-Seiten-Essay von einem (vorgeblichen) Kommilitonen ein sehr negatives Feedback, oder sie wurden nach einer



Foto: Dirk Krogge - Jvodoa/Daer - CC BY-NC 2.0 - [link](#)

Weile im (vorgeblich) gemeinsamen Computerspiel von den (simulierten) Mitspielern übergangen. Aggression konnten sie in einigen der Experimente ausdrücken, indem sie die Anzahl der Nadeln in einer Voodoo-Puppe bestimmten, die den vorherigen Zurückweiser darstellen sollte. In einigen der Experimente bestrafte sie ihren (vorgeblichen) Computerspiel-Gegner ganz konkret mit erträglichen oder unerträglich lauten Tönen. In einigen der Experimente bekam ein Teil der Versuchspersonen eine Placebo-Tablette, die vorgeblich Launen und Stimmungen einfrieren können sollte. Tatsächlich haben diese Personen weniger Rache geübt, ein Hinweis darauf, dass die anderen Rache absichtlich und mit dem expliziten Ziel der Stimmungsverbesserung ausübten. Nach erfolgter Rache konnten Fragebogenauskünfte zeigen, dass die negative Stimmung abgebaut war. **ms**

■ **Chester, D. S., & DeWall, C. N. (2017).** Combating the sting of rejection with the pleasure of revenge: A new look at how emotion shapes aggression. *Journal of Personality and Social Psychology*, 112, 413-430.



## IMPRESSUM

### ■ HERAUSGEBER

Prof. Dr. Erich H. Witte  
c/o  
Von-Melle-Park 5  
20146 Hamburg

### ■ AUTOREN

Dr. Lale Akgün  
Dr. Christian Franzke  
Dr. Imke Heitkamp (**ih**)  
PD Dr. Micha Strack (**ms**)  
Prof. Dr. Erich H. Witte

### ■ REDAKTION

Dr. Tobias Gollan

### ■ GESTALTUNG

Anna S. Sommer

### ■ WISSENSWERT IM INTERNET / KONTAKT

URL: [www.wissenswert-journal.de](http://www.wissenswert-journal.de)  
eMail: [wissenswert.journal\[at\]googlemail.com](mailto:wissenswert.journal[at]googlemail.com)

Haftungsausschluß: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für alle Links zu anderen Seiten im Internet gilt: Von den Inhalten der verlinkten Seiten - auf deren Gestaltung wir keinen Einfluss haben - distanzieren wir uns ausdrücklich. Diese Erklärung gilt für alle in diesem PDF-Dokument angebrachten Links und für alle Inhalte der Seiten, zu denen Links führen.

